

Gemeinschaft durch Sprache — Sprachgemeinschaft

Niemand würde heute wohl die Notwendigkeit bestreiten, Rechte und Repräsentanz von Frauen und benachteiligten Minderheiten zu stärken und ihre Teilhabe an Ressourcen zu befördern. Dies alles gehört inzwischen fest zum Wertekanon westlicher Demokratien. Strittig ist jedoch das Wie. Der Feminismus ist uneins und als [Genderfeminismus](#)ⁱ zerstritten. Er muss seine übergeordneten Ziele erst neu definieren. Unterdessen setzt Politik die Sprache als Haupthebel gegen das Ungerechtigkeits- und Ungleichheitsproblem zwischen den Geschlechtern ein. Die Feminisierung bzw. Ausrichtung von Sprache auf Diversität soll das Problem endlich lösen und verstärkt es stattdessen. „Geschlechtergerechte“ Sprache sexualisiert Sprache generell, auch da, wo sie im Grunde geschlechtslos und neutral ist und deshalb von vornherein alle inkludiert. So wird die Fähigkeit der Sprache geschwächt, Gemeinschaft zu stiften, neue Ungerechtigkeiten werden geschaffen. Auch widerspricht „Gendersprache“ dem ausgewiesenen Mehrheitswillen. Die Auswertung verschiedener aktueller Umfragen unter tausenden Befragtenⁱⁱ ist deutlich: 75-86% lehnen Gendersprache ab oder halten sie für unwichtig. Daran ändert auch die Verbreitung von Gendersprache durch öffentlich-rechtliche Medien nichts. Im Gegenteil. Sie verstärkt Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung und Destabilisierung, da Mediennutzer ihre Erwartungen an den im [Medienstaatsvertrag](#) festgehaltenen Bildungsauftrag und die Pflicht zu weltanschaulicher Neutralität enttäuscht sehen. Der von verschiedenen politischen Akteuren immer wieder geforderte „geschlechtergerechte“ Umbau von [Gesetzestexten](#) würde die Trennung der Geschlechter endgültig manifestieren.

Demokratie braucht Regeln

Die negativen Folgen der schon lange praktizierten Durchsetzungspolitik zeigen sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Jede einzelne Schule, jede Universität, jede [Stadt](#) und Gemeinde, jedes Bundesland, jede Zeitung, jeder Verlag, jeder TV- und Radiosender nimmt sich heraus, gegen geltende [Regeln](#) und den allgemeinen Sprachgebrauch eine eigene „geschlechtergerechte“ Sprache zu nutzen. Dabei entsteht ein äußerst widersprüchliches Kauderwelsch, mit dem Politik, Verwaltungen und Medien das natürliche Sprachempfinden der Bürger bewusst unterlaufen. Insbesondere soll das [generische Maskulinum](#)ⁱⁱⁱ (genus commune) aus der Sprache getilgt werden, da es angeblich nur Männer bezeichne. Um es zu vermeiden, werden anstatt allgemeingültiger Oberbegriffe für Personengruppen, wie z.B. „die Einwohner“, zahlreiche Umschreibungen verwendet: Einwohnerinnen und Einwohner, EinwohnerInnen, -/innen, -_innen, -*innen, -:innen, Einwohnende, Personen, die hier wohnen, oder nur noch feminin markierte Formen wie Einwohnerinnen, von denen sich auch Männer „mitgemeint“ fühlen sollen. Die Gleichsetzung von Sexus (biolog.) und Genus (gramm.) basiert jedoch auf einer von Wenigen geteilten Auslegung der deutschen Grammatik.

- „Gendersprache“ entspringt nicht dem natürlichen Sprachwandel, sondern **politischen Bestrebungen**, mit denen fundamental in gewachsene Sprachstrukturen eingegriffen wird. Der Gebrauch des generischen Maskulinums (genus commune) ist historisch belegt, wie eine aktuelle Studie von [Trutkowski/Weiß](#) zeigt. „Seit 1000 Jahren können Frauen auch Sünder, Richter und Freunde sein.“
- Gendern ist **sexistisch**. Sexualisierte Sprache hebt Unterschiede hervor, wo sie bedeutungslos sind, und verschleiert sie, wo sie zum Informationsgehalt gehören. Verallgemeinernde Aussagen und [Vergleiche](#) sind nicht länger möglich.
- Gendern ist **reaktionär**. Es schreibt den Opferstatus der Frau fort und reduziert Minderheiten auf sprachliche Zeichen.
- Gendern ist **undemokratisch**. Politik, Verwaltungen und ÖR-Medien gendern ohne demokratische Legitimation gegen den ausdrücklichen Mehrheitswillen.
- Gendern bewirkt das Gegenteil von dem, was es behauptet, zum Schaden vieler. Statt Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu erreichen, reißt es **Gräben** zwischen den **Geschlechtern**, **grenzt** Menschen nach gruppenbezogenen Merkmalen **aus** und **benachteiligt** Menschen mit geringer [Literalität](#)^{iv} (über 12% der Erwachsenen in Deutschland) oder Menschen mit Behinderungen. Gendersprache ist ein **Integrationshindernis** für Zuwanderer.
- Gendersprache ist **unökonomisch**. Sie widerspricht der menschlichen Neigung zur Reduzierung des sprachlichen Aufwands^v, und sie verschlechtert das Verhältnis von [Signal](#)^{vi} (Informationsgehalt) zu Rauschen (Füllsel).
- Das generische Maskulinum (genus commune) ist als gewachsene [sexusabstrahierende](#) Form unverzichtbar. Eine vollständige Beseitigung würde die [Funktionsfähigkeit](#) der Sprache zerstören^{vii}.
- Gendersprache ist **grundgesetzwidrig**, denn durch die erzwungene „Sichtbarmachung“ von Merkmalen wie Geschlecht und sexueller Orientierung greift sie in die Intimsphäre und

informationelle Selbstbestimmung des Menschen ein. Dadurch **verletzt** sie die Menschenwürde^{viii}, zu deren Kern diese Merkmale eben nicht gehören.

Zur integrativen Funktion von Sprache und Standard

Sprache befindet sich in einem permanenten Wandlungsprozess. Sie wandelt sich basisdemokratisch *im Gebrauch durch ihre Sprecher*. Diesen Sprachstandard aufzugeben und Werte zu propagieren, die denen der bürgerlichen Mehrheit zuwiderlaufen, ist unverantwortlich, denn die wichtigsten Kriterien der Standardsprache sind ja gerade *Einheitlichkeit, Verbreitung, Verständlichkeit* und *soziale Übereinkunft*. Der aufdringliche Gebrauch von Gendersprache durch Personen in Machtfunktionen *befördert Autoritarismus* und gefährdet den *sozialen Frieden*. Da Politiker *alle Bürger zu repräsentieren haben*, fordern wir sie auf: Handeln Sie „Im Namen des Volkes“, verwenden Sie die verständliche und allgemein anerkannte

Standardsprache (Standardvarietät) in Politik, Verwaltung, Bildung und öffentlicher Kommunikation. Beenden Sie die Stigmatisierung von gewachsenen grammatischen Grundformen (insbesondere des generischen Maskulinums/genus commune).

Rechtsstaatlichkeit

Ohne die Akzeptanz der grammatischen Grundregeln durch Politik, Legislative und das Sprachvolk verliert Sprache ihre *Verständigungsfunktion*. Die Zerstörung von sprachlichen Standards würde Rechtsprechung letztlich erheblich erschweren, ließen Gerichte z.B. Befangenheitsanträge auf Grund weltanschaulicher Bedenken zu. Gerade die Standardsprache verbindet doch alle Sprecher einer *Sprachgemeinschaft*, und erst generische Begriffe mit ihrem *hohen Abstraktionsniveau*^{ix} eröffnen Möglichkeiten für eine *normative*^x *Wirkung* von Gesetzestexten. Gendersprache berührt durch ständige Sexualisierung die *Persönlichkeitsrechte*, ja letztlich den Begriff der Menschenwürde, der jeglichen Einzelinteressen und -identitäten übergeordnet ist. In diesem Sinne ist sie verfassungswidrig. Auch darf die Politik „das Recht nicht dazu benutzen, gegen die Wertvorstellungen der großen Mehrheit der Bürger die Gesellschaft zu verändern.“^{xi} Deshalb fordern wir von Politik und Legislative:

Beenden Sie einseitig feministische Symbolpolitik und Meinungslenkung. Schreiben Sie Gesetzestexte in der deutschen Einheitssprache.

In den ersten beiden Wellen des Feminismus haben Frauen in zähen Kämpfen Menschen- und Bürgerrechte erstritten. Diese Aufbruchsbewegungen knüpften an *Humanismus* und *Aufklärung* an. Ihre ursprünglichen Ziele wie rechtliche Gleichstellung, Wahlrecht, Recht auf Bildung, berufliche Gleichberechtigung, Selbstbestimmungsrecht, Freiheitsrechte usw. sind inzwischen gesetzlich garantiert und bilden u.a. das *Fundament demokratischer Gesellschaften*. Ein heutiger Feminismus sollte an diese *emanzipatorischen Freiheitsbewegungen* und die Gestaltungskraft der Frauen anknüpfen. Es gilt, Freiheit und Würde nicht nur für die Frauen, sondern für alle Menschen zu erreichen. Mit der Menschenwürde verknüpft sind das Recht auf *individuelle Selbstbestimmung, Schutz der Privat- und Intimsphäre* sowie *Freiheit des Ausdrucks*. Wir fordern von **Politik, Verwaltungen, ÖR-Medien und Bildungseinrichtungen**:

Sprechen Sie unsere Sprache — die deutsche Einheitssprache.

Nasrin Amirsedghi, Cristina Barroso, Dr. Ing. Ira Effenberger, Gabriele Gillen, Dr. Elvira Grözinger, Gabriele Gysi, Monika Kroll, Prof. Dr. Xenia Matschke, Sabine Mertens, Dshamilja Paetzold, Jana Schleske, Ulrike Stockmann

v. i. S. d. P. Sabine Mertens

Liebe Mitbürger!

Mit Ihrer Unterschrift **unterstützen Sie unsere Forderung** an Politik, Verwaltungen, ÖR-Medien und Bildungseinrichtungen, **zur deutschen Einheitssprache zurückzukehren.**

- i Alice Schwarzer im Deutschlandfunk
- ii Payr, Fabian, Von Menschen und Mensch*innen, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2021, S. 139 ff
- iii Trutkowski, Ewa, Wie generisch ist das generische Maskulinum, <https://zaspil.leibniz-zas.de/article/view/437/449>, zuletzt abgerufen am 10. 2.2022
- iv Grotlüschen, Anke, Buddeberg, Klaus (Hrsg.), Leo 2018, Leben mit geringer Literalität, wbv, Bielefeld 2020
- v Payr, Fabian
- vi Jean-Luc Doumont, <https://www.cs.utah.edu/~dejohnso/threelaws.pdf>
- vii Payr, Fabian
- viii Dorchain, Claude Simone, in The European, 29.7.2020, https://www.theeuropean.de/claudia-simone-dorchain/gender-deutsch-ist-verfassungswidrig/%22%20%5Ct%20%22_top, zuletzt abgerufen am 10.2.22
- ix Kowalski, Philipp, Geschlechtergerechte Sprache im Spannungsfeld mit rechtswissenschaftlicher Methodik, NJW 2020, 2229, beck-online <https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata%2Fzeits%2FNJW%2F2020%2Fcont%2FNJW.2020.2229.1.htm>, zuletzt aufgerufen am 10. 2. 22
- x Rosenow, Roland, Vom Gesetzestext zu konkreter Normativität. Erfahrungen zur Umsetzung der BRK in Deutschland, 2016, https://www.sozialrecht-rosenow.de/files/alle/Veroeffentlichungen_ab_2016/Rosenow_Erfahrung_BRK_in_Deutschland.pdf, zuletzt abgerufen am 11.5.22
- xi Kohl, Helmut, Eröffnungsrede des 44. deutschen Anwaltstages am 28. Mai 1987, https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/verantwortungsbewusste-anwaltschaft-fuer-recht-und-gerechtigkeit-ansprache-des-bundeskanzlers-809110%22%20%5Ct%20%22_top, zuletzt abgerufen am 10.2.22